

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Wochenschrift Tagesblatt Riesa.  
Genuss Nr. 80.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1580  
Circulstraße Riesa Nr. 82.

Nr. 61.

Montag, 14. März 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Neilsamezeile 100 Gold-Pfennige gelbender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Gewähliger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Zwischen an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Versetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Udemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Die Genfer Tagung geschlossen.

Unbefriedigender Ausklang. — Ein Kompromiß in der Saarfrage. — Abreise der deutschen Delegation.

### Die Entscheidung in der Saarfrage.

Genf, 12. März. Bei Beginn der heutigen Nachmittags-Sitzung gab Briand eine längere Erklärung ab, um seinen abweichenden Standpunkt gegenüber den deutschen Anträgen zu begründen. Es sei eine kleine Enttäuschung, so führte Briand aus, für ihn gewesen, daß nicht alle Fragen so einvernehmlich erledigt werden konnten, wie die oberste Schlichtungsfrage. Aber die gute Atmosphäre werde hoffentlich bis zu Ende der Tagung anhalten. Briand begann dann mit einer Darlegung der Notwendigkeit, die Stellung der Regierungskommission des Saargebietes, die doch ein Organ des Völkerbundes sei, zu stärken und ihre Autorität zu erhalten. Man habe, so fuhr Briand fort, diese Kommission in diesem Raum viel gelobt und ihr in der zweifellos besten vorliegenden Frage die Ausarbeitung eines Vorschlages aufgetragen, den sie dann auch in sehr klarer und bestimmter Form abgegeben habe. Dieser Vorschlag sei einstimmig angenommen unter Enthaltung des saarländischen Mitgliedes, das bei dieser für einen Saarländer besonders wichtigen Frage sein Gewissen habe sprechen lassen. Frühere Vorschläge hätten nicht diese Autorität hinter sich gehabt. Der Appell Dr. Stresemanns für Neuprüfung des Vertrages dürfe zu weit führen, eine Diskussion der Rechtspunkte in diesem kollektiven Rahmen nicht der Sache dienlich sein. Er, Briand, wolle damit nicht sagen, daß er die deutschen juristischen Thesen ablehne. Solche Thesen seien im allgemeinen mehr für die Akten bestimmt. Hier müsse man sich an konkrete Tatsachen halten und sich fragen, ob der gemachte Vorschlag vernünftig sei. Dr. Stresemann stelle vielleicht die Wendungen ein, die bisher zu groß sind, so bemerkte Briand einerseits die Transferrung der Aufgaben und Möglichkeiten eines Gendarmen. Hier gelte es, 400 Kilometer Bahnstrecke, 166 Anschlüsse, 75 Bahnhöfe, 200 Stellwerke und ähnliche empfindliche Einrichtungen gegen alle Eventualitäten zu schützen, eine Aufgabe, für die man früher 2-3000 Mann für nötig gehalten habe. „Wir müssen unsere Ziele objektivieren“, so meinte er, „und jeden persönlichen Ehrgeiz ausschalten.“ Die Regierungskommission der Saar stehe inmitten einer leidenschaftlichen Bevölkerung, der man einigen Grund zu ihrer Erregung zubilligen müsse. Die Kommission trage die Belassen dieser Erregung bis an den Tisch des Rates, der seinerseits seine Organe schärfen und stärken müsse.

In dieser Vorberung dürfe man die Kommission nicht im Stich lassen. „Biele übertreiben auch“, so bemerkte Briand in dem etwas launigen Ton, in dem seine ganzen Ausführungen gehalten waren, die Bedeutung dieser letzteren Aufgabe; aber ich bin eben selbst so oft Regierung gewesen!“ Er verfuhr dann zu beweisen, daß für die Wirksamkeit der zu schaffenden Instrumente militärische Disziplin, also das Zurückziehen auf bestehende Truppen, notwendig sei, daß die Uniformen nach Zeugnisse aus der Bevölkerung von dieser nicht als Nachteil empfunden werden, müsse dann die mögliche Katastrophe einer Bahnzerstörung in dahereigenen Farben und gelbe die mögliche Anrufung französischer Truppen aus den Nachbargebieten als die auch ihm unerwünschte Alternative für den Fall des Fehlens einer eigenen Organisation. Woher wolle man eine internationale Truppe nehmen, und wie lange würde es dauern, um sie auszubilden? Die Annahme des Kompromisses sei das Einfachste, und im Grunde sehr er auch keine allzu große Differenz der Meinungen, da Dr. Stresemann im Prinzip eine Schutztruppe annehme und die Beschränkung ihrer Vollmacht auf den Sonderfall schon durch den Vorschlag selbst gegeben sei. Zahl und Uniform dürften schließlich keine ausschlaggebenden Differenzen bilden. So empfahl er deshalb, so schloß Briand, die Annahme des Vorschlages.

Während die bisherigen Erklärungen von beiden Seiten im wesentlichen vorher formuliert waren, erwiderte nunmehr

### Reichsaußenminister Dr. Stresemann

in freier Rede in etwas härterer Betonung indem er die Thesen Briands von der mehr väterlichen, für den Ernstfall nicht genügenden Autorität der Gendarmerei außerordentlich wirksam widerlegte. Im entmilitarisierten Gebiet des Rheinlandes, so hob der Minister hervor, habe man Deutschland keinerlei anderes Instrument zur Aufrechterhaltung seiner eigenen Autorität gelassen als eben solche Gendarmen. Dabei handele es sich um dichtbevölkerte und mit Fabriken, Verkehrseinrichtungen usw. überfüllte Gebiete. „Ich bitte den von mir so sehr verehrten Herrn Briand“, so appellierte Dr. Stresemann direkt an seinen Nachbarn, „von dieser Autorität, mit der wir im besetzten Gebiet auskommen müssen und auskommen, doch auch etwas Gendarmen in der Saar aussetzen zu lassen. In der Welt ist jetzt eine Bewegung im Gange für die Stärkung der Autorität der Regierung gegenüber der Autorität der Völker. Aber ich bitte Briand an der Spitze dieser Bewegung gesehen.“ Auch die Kritik an der Autorität sei notwendig. Durch Briands Worte habe es doch wie ein Vorwurf durchklingen: wenn ihr etwas an diesem Bericht ändert, so löst ihr die Autorität der Saarregierung. Das sei nicht der Sinn der Autorität. Gerade von Ihnen, Herr Briand, hat vorhin das Volk an der Saar das Zeugnis ausgelesen bekommen, daß ein gutes Einvernehmen zwischen den Truppen und der

Bevölkerung besteht. Nun, das väterliche Verhältnis zwischen Gendarm und Bevölkerung ist vielleicht nichts anderes als ein Zeichen des guten Sinnes dieser ganzen Bevölkerung, und deshalb ist auch vor allem die Zustimmung dieser Bevölkerung zu dem Ergebnis unserer bisherigen Beratungen erwünscht. Deutschland jedenfalls wünscht zu gutem Einvernehmen nach Kräften beizutragen.“ Minister Briand wüßte, eine juristische Diskussion zu vermeiden. Wenn Deutschland darauf verzichte, seine juristische Auffassung zu vertreten, so bilte er das als ein hartes Opfer anzuerkennen, als einen Beweis dafür, daß Deutschland lebhaft wünsche, zu dem Einvernehmen beizutragen. In Bezug auf die Einzelfragen lägen die Dinge keineswegs schwierig. Für die Bestimmung einer neutralen Gendarmerie gebe es nahe gelegene neutrale Mächte. Die Festlegung des Terms für die Zurückziehung der französischen Truppen sei ein berechtigter Wunsch. Wenn Briand erkläre, daß wir nicht so weit auseinander seien, dann müsse sich auch ein Weg finden lassen, um dem Wunsch zu trauen, wie das nicht ohne Beispiel in der Geschichte des Völkerbundes sei. Der Minister appellierte an den Rat und zugleich an die Mitwirkung des Präsidenten der Saar-Regierungskommission zu dem Zweck, die Saarfrage und die verschiedenen in Zusammenhang mit ihr immer wieder aufgeworfenen Fragen endlich von der Tagesordnung des Rates verschwinden zu lassen. „Die härteste Autorität einer Regierung“, so schloß Dr. Stresemann, „ist das Vertrauen der Bevölkerung.“

Nach Dr. Stresemann machte Chamberlain eine längere Darlegung, in denen er von dem Eindruck ausging, daß nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen es doch kaum noch wahrscheinlich sei, daß man nicht doch zu einer Verständigung kommen sollte. In der Praxis seien die Differenzen, so erklärte Chamberlain, nur noch minimal. Er wüßte nicht, mit den vertraglichen Verpflichtungen zu kollektieren, habe aber mit Hilfe von Gutachten festgestellt, daß die Vorschläge der Regierungskommission sich im Rahmen der gegebenen Rechtsverhältnisse halten. Von den vier deutschen Vorberungen seien zwei schon befriedigend gelöst. Das sei immerhin für Dr. Stresemann kein schlechtes Gedächtnis. Wegen die internat. Zusammenlegung der Gendarmerei sprächen Budgetgesichtspunkte, ferner die Notwendigkeit der militärischen Disziplin, die mangels regelmäßiger Beschäftigung des Bahnschubes gefährdet sei. Er appelliere ganz besonders an Dr. Stresemann, auf seiner diesbezüglichen Vorberung nicht zu bestehen. Hinsichtlich der Zahl halte er weniger als 800 Mann auch für genügend. Aber da viel von der verantwortungsvollen Stelle verlangt worden sei, so befürworte er diese Zahl. Die Verantwortlichkeit des Rates halte er allerdings nicht für so groß wie Briand. Genugtuung sei für Deutschland gesichert erweise in Bezug auf den Rückzug der französischen Truppen, zweitens in Bezug auf die Belugnisse des Bahnschubes.

Scialoja führte mit sehr lebhafter Hand eine weitere Annäherung des beiderseitigen Standpunktes herbei, indem er den Vorschlag machte, den Präsidenten Stephens nochmals an den in seiner Gegenwart erstarrten Wünschen und Anregungen zu hören.

Stephens gab darauf in außerordentlich eindringlicher und feierlicher von hohem Verantwortungsgesühl getragener Form eine Erklärung ab, die das Problem von der Bedeutung eines räumlich kleinen Brückensfalls zu den Fragen der Völkerbundsangelegenheiten und Prinzipien auf breiterem Plan erob.

Nach den Erklärungen von Chamberlain, Scialoja, Stephens und Vandervelde in der heutigen Nachmittags-Sitzung des Völkerbundesrats machte Dr. Stresemann den Vorschlag aus Grund des Diskussionsergebnisses und der an ihn herangetragenen Wünsche und Anregungen einen Zusatz zu dem Bericht der Regierungskommission durch Scialoja formulieren zu lassen, der folgende drei Punkte enthalten soll:

1. Festlegung einer Höchstzahl von drei Monaten für den endgültigen Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet.
2. Inangriffnahme der neuen Organisation unter alleiniger Autorität der Regierungskommission und nur in besonderen Fällen.
3. Befassung der Entscheidung über die notwendige Höhe der Bahnschubes bei der Regierungskommission mit einer Regierung auf 800 Mann als Höchstzahl, wobei sich der Völkerbundsrat mit der endgültigen Höhe, die nach den Darlegungen Stephens innerhalb der Regierungskommission im Sinne einer möglichen Beschäftigung um einige hundert Mann festsetzen werden dürfte, nicht mehr zu befassen haben wird.

### Die Entscheidung in der Saarfrage.

Genf, 12. März. Der Völkerbundsrat hat heute abend den Vorschlag der Regierungskommission des Saargebietes gemeinsam mit folgenden von Scialoja formulierten Anträgen einstimmig angenommen:  
Der Rat nimmt Kenntnis von dem Bericht der Regierungskommission, datiert vom 12. 2. 1927, bezüglich der Frage der Transports- und Transaktionsfreiheit auf den Eisenbahnen des Saargebietes. Die von der Regierungskommission vorgeschlagene Organisation wird innerhalb einer Höchstzahl von drei Monaten verwirklicht, und infolgedessen wird die im Saargebiet stationierte Truppe innerhalb der gleichen Frist zurückgezogen. Der Bahnschub ebenso wie

die Bahnschutztruppe wird unter den Befehl der Regierungskommission gestellt und ihr verantwortlich sein. Die Bahnschutztruppe wird ihre Befugnisse gegenüber der Bevölkerung nur unter außerordentlichen Umständen ausüben dürfen. Der Bestand von 800 Mann, der für diese Truppe angesetzt ist, stellt die Maximalzahl dar. Im Falle die Regierungskommission zur Auffassung gelangt, daß eine Verminderung dieser Zahl möglich ist, wird sie die zu diesem Zweck notwendigen Maßnahmen treffen können, ohne sich vorher mit dem Rat in Verbindung zu setzen.

### Die Entscheidung des Völkerbundsrates betreffend die Beschwerde des Deutschen Volksbundes.

Genf, 12. März. Die in der obersten Schlichtungsfrage heute vom Völkerbundsrat einstimmig gefasste Entscheidung zerfällt in fünf Teile. Im ersten Teil spricht sich der Rat nach Prüfung der Beschwerde des Deutschen Volksbundes dafür aus, daß die polnische Regierung nicht auf den von den polnischen Vorkommissionen in Bezug auf den Ausschluß vom Besuch deutscher Minderheitschulen ergriffenen Maßnahmen besteht. Demgemäß soll den Kindern, deren Aufnahmepapier für unzulässig erklärt worden war, weil ihre Eltern oder Vormünder im Sommer 1923 der polnischen Aufforderung zur Nachprüfung jedes einzelnen Falles nicht nachgekommen waren, oder weil für die betreffenden Kinder als Muttersprache sowohl deutsch als polnisch angegeben worden war, Gelegenheit gegeben werden, so bald wie irgend möglich und ohne ein neues Aufnahmepapier in die Minderheitschule einzutreten. Ausgenommen davon sollen nur die Kinder sein, die a) nicht die polnische Staatsangehörigkeit besitzen, b) von Personen angenommen wurden, die nicht geeignet für ihre Erziehung verantwortlich sind, c) nicht in den betreffenden Schulkreis gehören, d) dem Unterricht an einer anderen Schule folgen müssen, und e) nicht mehr schulpflichtig waren. Außerdem enthält der erste Teil die Bestimmung, daß die Kinder, denen an Grund dieser Angaben der Besuch einer Minderheitschule gestattet werden müßte, die sich aber zur Zeit in einer polnischen Schule befinden, bis zum Ablauf des gegenwärtigen Schuljahres an dieser Schule zurückgehalten werden können und daß ferner die gegen die verantwortlichen Erziehungsbehörden ausgesprochenen Strafmaßnahmen wegen Nichterscheinens ihrer Kinder in der polnischen Schule ausgesetzt werden sollen für den Fall, daß den betreffenden Kindern entsprechend den obigen Bestimmungen der Besuch einer Minderheitschule gestattet werden müßte.

### Der Schluß der Ratstagung.

Genf, 12. März. Im weiteren Verlauf der heutigen Nachmittags-Sitzung des Völkerbundsrates verlas nach Bestätigung der Frage der deutschen Angelegenheiten bis zur nächsten Ratstagung Briand einen Bericht über die Gründe, die Frankreich veranlassen, eine Vertagung für die Wiederlegung des Statuts für Serbien und den Libanon für kurze Zeit zu erbitten. Auch dieser Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Damit war die Tagesordnung der Ratstagung erledigt.

Vor Abschluß verlas Dr. Stresemann noch eine schriftliche Erklärung der polnischen Regierung, wonach es wünschenswert sei, neben den bereits ernannten fünf polnischen Mitgliedern der Weltwirtschaftskonferenz auch der Freien Stadt Danzig eine Vertretung zu gewähren. Diese hatte sich dem Schritte angeschlossen und den Präsidenten der Danziger Handelskammer Wilhelm Krawitter und Prof. Ludwik Koc in Vorschlag gebracht. Der Rat gab seine Zustimmung.

Nach einigen Schlussworten Dr. Stresemanns und einem Dank an den zum italienischen Vorkommissioner in Rio de Janeiro ernannten Untergeneralsekretär Attolico, dem sich Chamberlain mit einigen Dankesworten an das Sekretariat und den Generalsekretär anschloß, wurde die Ratstagung kurz nach 7 Uhr geschlossen.

### Abreise der Deutschen Delegation aus Genf.

Berlin. Reichsaußenminister Dr. Stresemann und die übrigen Mitglieder der deutschen Delegation sind gestern abend 6 Uhr nach Berlin abgereist. Am Bahnhof waren die Untergeneralsekretäre des Völkerbundes Tinsour und Attolico anwesend.

Wie verlautet, wird wahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Tages eine Kabinettsitzung abgehalten werden, in der Dr. Stresemann über die Genfer Ratstagung Bericht erstatten wird. Nach einer Version des „Monat“ soll Dr. Stresemann noch heute abend dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler einen ersten Bericht über die Genfer Tagung erstatten. Für Dienstag rechnet man mit einer Kabinettsitzung.

Vor seiner Abreise aus Genf hatte Dr. Stresemann dem Präsidenten der Tschechoslowakischen Republik Masaryk den bereits angekündigten Besuch abgelehnt, bei dem auch der tschechoslowakische Minister des Reichens Dr. Benesch am gonen war.